

Solidaritätsaufruf

des Bündnisses „Krefelder für Toleranz und Demokratie“

Als die Kundgebung der Neonazis am 6.10.2007 bekannt wurde, war für das Bündnis „Krefelder für Toleranz und Demokratie“ klar: Diese Provokation werden wir nicht hinnehmen. Nazis muss man sich in den Weg stellen, wo immer sie auftauchen. Und auch der unverständlichen Entscheidung der Polizei, diese Kundgebung ausgerechnet vor dem

Mahnmal für die Opfer des Faschismus zu genehmigen, sollte mit einem deutlichen Signal widersprochen werden. Die Eröffnung eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied des Bündnisses in Folge unserer Protestversammlung wirft nun einige schwerwiegende Fragen auf.

Wie weit dürfen Proteste gegen Faschisten gehen?

In der Auseinandersetzung mit Faschisten gilt für uns der Grundsatz: „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“. Diese Erkenntnis haben in Europa Millionen Menschen mit dem Leben bezahlt. Wenn heute Faschisten wieder mit demokratiefeindlichen und volksverhetzenden Parolen wie der Forderung nach Todesstrafe für ihnen verhasste Menschen auf die Straße gehen; wenn es ihnen zudem noch gestattet wird, durch die Wahl des Ortes die Opfer des Faschismus zu verhöhnen, dann nehmen wir das nicht ohne Pro-

test hin. Am 6.10.2007 waren deshalb mehr als 70 Krefelder Bürger nicht bereit, ihren Protest weit ab von den Faschisten zu äußern, wie es die Polizei verlangte. Entsprechend dem Text des Mahnmals „Denkt an die Opfer der Diktatur. Seid wachsam. Schützt die Freiheit.“ überließen viele von uns den Nazis den Ort nicht freiwillig und wählten zivilen Ungehorsam als Protestform. Die Polizei räumte schließlich den Platz mit Gewalt, wobei wir keinen Widerstand leisteten.

Gibt es „guten“ und „schlechten“ Widerstand gegen Neonazis?

In ihrer Pressemitteilung sprach die Polizei von „über 50 Angehörigen des linken politischen Spektrums“. Eine Fehleinschätzung, denn unser Bündnis war in seiner gesamten demokratischen Breite vertreten. Hat dieser Irrtum das Verhalten einiger Polizisten beeinflusst? Obwohl die Versammlung friedlich war und die meisten von uns fair behandelt wurden, drohte man einigen: „Wenn du nicht los lässt, kann ich dir auch den Arm brechen“.

Noch härter wurde ein anderer behandelt: Ohne Anlass dafür zu geben, wurde er von vier Polizisten auf brutale Weise niedergeworfen, zu Boden gedrückt und gefesselt und dabei nicht unerheblich verletzt. Dies wird ihm nun auch noch als „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ zur Last gelegt. Dem Strafbefehl über Euro 1250,- hat er widersprochen, so dass es am 23.1.2008 zum Gerichtsverfahren kommt.

Wie kann die Darstellung der Polizei unseren Beobachtungen so grundsätzlich widersprechen?

Sechs Versammlungsteilnehmer, die direkt neben dem Beschuldigten standen und zum Teil mit zu Boden gerissen wurden, bezeugen, dass er keinen Anlass für den polizeilichen Übergriff gegeben hat, sondern niedergeworfen wurde. In der Darstellung der Polizei heißt es dagegen, „...spernte sich, indem

er sich zu Boden fallen ließ, sich an den Beinen umstehender Versammlungsteilnehmer festkrallte und mehrfach mit den Füßen nach den Beamten ... trat“. Das ist keine unterschiedliche Interpretation des gleichen Sachverhalts, hier werden die Tatsachen auf den Kopf gestellt.

Warum halten Polizei und Staatsanwaltschaft an der Anzeige fest?

Die Polizei stellte unsere Versammlung als teilweise gewalttätig dar und die Medien übernahmen dies. Das rückte den Nazi-Aufmarsch und vor allem das kritikwürdige Verhalten der Polizei bei seiner Genehmigung und Durchsetzung in den

Hintergrund. Das Strafverfahren erweckt den Eindruck, dass ziviler Ungehorsam mit allen, auch fragwürdigen, Mitteln unterdrückt werden soll. Müssen wir dies nicht als Versuch werten, unser Bündnis einzuschüchtern?

Wir werden nicht hinnehmen, dass unser notwendiger und friedlicher Protest gegen die Neonazis mit falschen Beschuldigungen kriminalisiert wird. Wir erklären uns mit dem zu Unrecht beschuldigten Kollegen solidarisch. Wir rufen dazu auf, ihn durch eine Spende auf unseren Rechthilfefonds, Konto Andrea Langguth, Kontonr. 2118510700, BLZ 30010111 SEB-Bank, Stichwort „Rechtshilfe“ zu unterstützen.

